

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band: 121 (1995)

Heft: 26

Artikel: Die Mehrwertsteuer ist allen zu hoch : nun beginnt für die Wirtschaft das grosse Feilschen

Autor: Stauffer, Alexandra

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-605628>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Mehrwertsteuer
ist allen zu hoch

NUN BEGINNT FÜR DIE WIRTSCHAFT DAS GROSSE FEILSCHEN

VON ALEXANDRA STAUFFER

Nun haben sie es dennoch geschafft, die gewieften Hoteliers. Trotz hartnäckigem Widerstand des Finanzministers will der Bundesrat der Tourismus-Industrie einen reduzierten Mehrwertsteuersatz von drei Prozent gewähren. Als nötig errachtet die Landesregierung diesen mit rund 140 Millionen Franken Steuerausfällen verbundenen Schritt angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage im Tourismusbereich: Wie das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit in einem Bericht schreibt, hat die Hotellerie im ersten Quartal dieses Jahres eine Umsatzeinbusse von 14,7 Prozent verkraften müssen, nachdem die Logiernächte bereits im Winterquartal um 7 Prozent zurückgingen – trotz ausreichender Schneemenge.

Grosses Aufatmen bei den Hoteliers

Nun sollte es wieder aufwärtsgehen mit den Schweizer Hotels und Parahotels, denn mit drei Prozent Mehrwertsteuerbelastung lässt es sich bedeutend besser leben. Dank der Sonderbehandlung werden sich die Wirte und Hoteliers wieder voll auf ihr Geschäft konzentrieren, will heissen: ihre Gäste wesentlich freundlicher bedienen können, ausserdem brauchen sie sich vor allem keine Gedanken mehr zu machen über die in der Branche bestehenden strukturellen Probleme. Kein Wunder also, zeigt sich der Schweizer Hotelier-Verein (SHV) «befriedigt» und «begrüsst» auch der Schwei-

zerische Gewerbeverband diesen mutigen Entscheid des Bundesrates, diesen Akt der Nächstenliebe und der unbürokratischen, raschen Wirtschaftsförderung.

Was aber wird in zehn Jahren mit dieser Branche geschehen, wenn die Ausnahmereglung nach dem Willen des Bundesrates wieder aufgehoben wird? Die Hoteliers wissen es nicht, und den meisten kann es auch egal sein, denn die Gewinne werden heute eingestrichen, die Sorgen von morgen rauben höchstwahrscheinlich anderen «Managern» den Schlaf, und überhaupt «wird noch einiges geschehen in dieser Zeit», wie ein Vertreter des Verbandes treffend bemerkt, beispielsweise wird es dannzumal keinen Schnee mehr geben, werden die letzten Hänge verpflastert sein mit Ferienhäusern, Mountainbike-Pisten, Wasser-Rutschbahnen und anderen Produkten der Freizeitindustrie mehr, die unser Land so einmalig machen, die so anziehend wirken auf unsere erlebnishungrigen Gäste aus nah und fern.

Wichtig ist allein, «dass dem Tourismus jetzt unter die Arme gegriffen wird», meint der Bundesrat, alles andere lässt sich auf übermorgen verschieben oder braucht gar nie erledigt zu werden, denn in zehn Jahren wird bestimmt wieder irgendeine Extrawurst erhältlich sein im Bundeshaus, die Hoteliers brauchen es bloss geschickt genug anzustellen, zum richtigen Zeitpunkt den Alarmknopf zu betätigen und die guten Verbindungen nach oben zu pflegen, wo ihren Anliegen offenbar eher Beachtung geschenkt wird als

den Sorgen anderer Wirtschaftszweige. Tatsächlich notleidender Betriebe.

Nur eine Ausnahme ist möglich!

Diesen wird es im Unterschied zu den Touristikern weiterhin dreckig gehen, und sie werden während der nächsten zehn Jahre die ganze Mehrwertsteuer abliefern müssen in Bern, denn der Bundesrat behauptet, nur eine Ausnahme machen zu können und diese eine Sonderregelung treffen zu müssen. Zum Wohle des Landes, das eigentlich nichts anderes ist als eine grosses Feriendorf.

Zu diesem gehören freilich auch Handwerker und Bauern, Kaufleute und Drucker, Textilproduzenten und Winzer. Sie alle haben genauso mit der misslichen Wirtschaftslage zu kämpfen, und sie wollen die ungerechte Steuerpraxis des Bundes nicht «kampflös hinnehmen», wie ein Sprecher der am letzten Mittwoch spontan gegründeten Vereinigung «Nieder mit der Mehrwertsteuer» gegenüber der Presse betonte: «Wenn der Bund den Hoteliers 140 Millionen gutschreibt, dann verlangen auch wir einen Steuererlass. Tiefere Umsätze und Verluste haben wir schliesslich genauso hinzunehmen wie die Hoteliers, denen es im Vergleich mit Industriebetrieben immer noch sehr gut geht.»

Auf die Erklärung des Bundesrates angesprochen, keine weiteren Ausnahmen zu bewilligen, reagieren die Wirtschaftsvertreter forsch: «Dann überweisen wir die gesamte Steuer nicht, sondern speisen damit unseren neugegründeten

Solidaritätsfonds für notleidende Unternehmen.» Allein mit den 140 Millionen aus der Hotellerie liesse sich manches Unternehmen sanieren, ist die Protestvereinigung überzeugt, ausserdem könnten die Betriebe «in neue Technologien investieren», wozu die Hotellerie gar nicht fähig sei, «weil es ihr an innovativen Ideen» fehle.

Für den Bundesrat wird die Situation allmählich heikel. «Dieser Bewegung wird sich die Regierung nicht widersetzen können», ist ein Steuerexperte überzeugt, «denn es gibt keinen Grund, einen einzelnen Wirtschaftszweig bevorzugt zu behandeln.» Mit diesem «fragwürdigen» Entscheid habe sich der Bundesrat «ein dickes Ei gelegt», nun sei «die Mehrwertsteuer überhaupt gefährdet».

Grossangriff des ganzen Volkes

Nicht übertrieben erscheint diese Einschätzung angesichts der rasch wachsenden Widerstandsbewegung, der sich nicht nur Banken («Wir leiden unter schmerzlichen Gewinneinbussen und benötigen dringend Unterstützung des Bundes, was uns als die Schweiz wesentlich prägender Wirtschaftszweig auch zusteht») angeschlossen haben, sondern auch zahlreiche Privatpersonen, die mit existenziellen Problemen zu kämpfen haben. Sie verlangen nicht eine Reduktion der Mehrwertsteuer, sondern wollen sich weigern, überhaupt Steuern zu bezahlen. Ihre Begründung: «Wenn der Bund auf 140 Millionen verzichten kann, braucht er auch unser Geld nicht wirklich.» □